

Schweizerische Gesellschaft.

Berlin W., den 5 April 1881.

zur Circulation
IV. 81

P.

Hochgeachteter Herr Bundespräsident.

Ich bekre mich, Ihnen in der
 Anlage den Bericht der National-Zeitung (N. 161. 5 April
 1881.) über die gestrige Reichstags-sitzung zu übermitteln.
 Ueber die Vorgeschichte des Windthorst'schen Antrags
 ist mir von gutunterrichteter Seite noch mitgetheilt
 worden, die Linke sei anfänglich eher geneigt gewesen,
 gegen den Antrag zu stimmen, es sei ihr aber dann
 insinuiert worden, der Kronprinz setze sehr großen
 Werth auf die Mitwirkung der liberalen Elemente des
 Reichstages und da die Linke wünsche, mit dem
 Kronprinz gut zu stehen, habe man sich entschlossen,
 jede Opposition aufzugeben. Auch die Perspektive
 Herrn Bundespräsident Dr. Bern.



der Wahlen dürfte mitgewirkt haben. Dem Reichskanzler
meint man, liege diese Haltung der Sozialisten und
des Fortschritts nicht ganz recht; er hätte offenbar vorgezogen,
diese Fraktionen in der Opposition zu sehen, um ihnen
bei den Wahlen mit dem Odium dieser Opposition
recht wirksam entgegenzusetzen zu können.

Dass ich in meinem gestrigen Telegramm der beziehe.

Erklärung der Fraktion der Polen nicht erwähnte, wollen
Sie gefälligst einem Versuchen zuschreiben.

Da die Regierung sich gar nicht vornehmen liess, ist man
betreffend die Konvertierung des Reichstagsbeschlusses immer
noch lediglich auf Vermuthungen angewiesen. Meine
Kollegen wissen hierüber ebenfalls nichts.

Es wird indessen da und dort die Meinung vertreten,
die deutsche Regierung werde nicht die Initiative
ergreifen, sondern abwarten, dass Bismarck seine

Mitwirkung nachsehen, was zweifelsohne entweder
 schon geschehen oder doch in der aller nächsten Zeit erfolgen
 wird. Und was dann? Die Vermuthung liegt nicht fern,
 dass man etwa die Form von Interpretationsabklärungen
 betreffend die Auslieferungsverträge wählen dürfte.
 Daraus, dass in Bälde irgend etwas geschehen wird,
 zweifelt man nicht mehr. Dem Fürsten Bismarck ist
 nach der Ansicht der Politiker durch den Reichstags-
 beschluss ein willkommener Anlass gegeben, Frankreich
 in erster Linie in Verlegenheit zu bringen. Entweder
 lehnt die franz. Regierung ab und entfremdet sich
 dadurch Rußland oder aber sie macht mit und dann
 ist sie, bezw. Gambetta im Innern compromittirt.
 Einestweilen glaubt man entschieden an die letzte
 Alternative. Auch von England erwartet man, dass es
 sich nicht international binden werde.

1733

Bundesrath vom 8 April 1881

Gegen uns dauert die Klage immer noch fort.

Die absurdesten Sensationeligen von 1870 her werden wieder aufgeführt, um Stimmung zu machen. Auch in liberalen Kreisen heifst es, so könne es in der Schweiz nicht weiter gehen u. dergl. mehr.

Dass Rumänien mit so viel Impetum vorgeht u. noch in aller Eile ein Fremdingesetz erlassen will, ist, wie mir aus gut unterrichteter Quelle gemeldet worden, dem Einflusse hiesiger Diplomaten zuzuschreiben u. hängt eng zusammen mit dem Bestreben der rumänischen Regierung, hiedurch die Anerkennung des Königreiches möglichst rasch und glatt zu erlangen.

Ich lege ein Specimen der oben erwähnten Prop.-Klage bei.

(Das kleine Journal No. 2. 4 April 1881.) Auch die Post argumentierte gestern ähnlich. Eben so wüthete die N. D. Allgem. Zeitung, namentlich gegen England.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die unversert Versicherung meiner ausgezeichneter Hochachtung.

Ihr ergebener Diener